

Antrag

der Abgeordneten Katja Keul, Marieluise Beck (Bremen), Volker Beck (Köln), Viola von Cramon-Taubadel, Katrin Göring-Eckardt, Ulrike Höfken, Thilo Hoppe, Uwe Kekeritz, Maria Klein-Schmeink, Ute Koczy, Tom Koenigs, Agnes Malczak, Kerstin Müller (Köln), Beate Müller-Gemmeke, Omid Nouripour, Lisa Paus, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Hans-Christian Ströbele und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Gemeinsamen Standpunkt der EU für Waffenausfuhren auch bei Rüstungsexporten an EU-, NATO- und NATO-gleichgestellte Länder konsequent umsetzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Haushaltskrise Griechenlands zeigt, welche immensen Auswirkungen die finanzielle Schieflage eines mit unserer Volkswirtschaft eng verflochtenen Staates auf die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union haben kann. Griechenland ist einer der größten Abnehmer von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern aus Deutschland. Im Falle Griechenlands trugen ein hoher Rüstungshaushalt und milliardenteure Rüstungsbeschaffungsprojekte zu der Verschärfung der Krise bei. Auch nach Bekanntwerden der prekären Haushaltslage wurden die deutschen Rüstungsgeschäfte fortgesetzt.

1998 hat der Rat den Verhaltenskodex der Europäischen Union für Waffenausfuhren angenommen, der acht Kriterien für die Ausfuhr konventioneller Waffen enthält. Der Gemeinsame Standpunkt 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008 ersetzt den Verhaltenskodex und erhöht dessen Verbindlichkeit. Nach Artikel 2 Absatz 8 (Kriterium 8) des Gemeinsamen Standpunktes spielt die Vereinbarkeit der Ausfuhr mit der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Empfängerlandes eine entscheidende Rolle, „wobei zu berücksichtigen ist, dass die Staaten bei der Erfüllung ihrer legitimen Sicherheits- und Verteidigungsbedürfnisse möglichst wenige Arbeitskräfte und wirtschaftliche Ressourcen für Rüstung einsetzen sollten. Die Mitgliedstaaten beurteilen anhand von Informationen aus einschlägigen Quellen, [...] ob die geplante Ausfuhr die nachhaltige Entwicklung des Empfängerlandes ernsthaft beeinträchtigen würde. Sie prüfen in diesem Zusammenhang den jeweiligen Anteil der Rüstungs- und der Sozialausgaben des Empfängerlandes und berücksichtigen dabei auch jedwede EU- oder bilaterale Hilfe.“

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den Gemeinsamen Standpunkt (2008/944/GASP) der Europäischen Union auch für Exporte an EU-, NATO- und NATO-gleichgestellte Länder konsequent anzuwenden. Dies gilt insbesondere auch für das Kriterium 8, das die

Vereinbarkeit mit der technischen und wirtschaftlichen Kapazität des Empfängerlandes fordert;

- auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass EU-Kommission und Rat im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes ein besonderes Augenmerk auf die Rüstungsausgaben legen, um unverhältnismäßig hohe Belastungen für den jeweiligen Haushalt frühzeitig zu erkennen;
- bereits bewilligte, jedoch noch nicht ausgeführte Rüstungsexportgenehmigungen anhand der Kriterien des Gemeinsamen Standpunktes erneut zu prüfen und gegebenenfalls zu widerrufen.

Berlin, den 6. Juli 2010

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Die potentiellen Auswirkungen des Staatsbankrotts eines mit der Bundesrepublik Deutschland politisch und wirtschaftlich eng verflochtenen Staates wurden durch die Haushaltskrise Griechenlands deutlich. Die drohende Zahlungsunfähigkeit Griechenlands und ein Zerfall der Eurozone konnten nur durch massive Finanzhilfen verhindert werden. Nicht nur Griechenland steht nun vor einem harten Konsolidierungskurs, um die eigene Finanzkrise zu bewältigen und dadurch indirekt einen Beitrag zur Stabilisierung des Euros zu leisten.

Im Falle Griechenlands spielte ein Faktor eine besondere Rolle: die Rüstungsausgaben. Spannungen zwischen Griechenland und der Türkei haben zu einem Wettrüsten geführt. Unter der Wahrnehmung eines vermeintlichen Sicherheitsdilemmas wurden unverhältnismäßig hohe Rüstungsausgaben in Kauf genommen, um dem Aufrüsten des Nachbarn zu begegnen. Gemessen an der Wirtschaftsleistung gibt Griechenland mehr für Rüstungsausgaben aus als jedes andere EU-Land. In der NATO rangiert Griechenland direkt hinter dem Spitzenreiter USA.

Auch deutsche Rüstungsunternehmen liefern Waffen und Kriegsgerät an Griechenland (vgl. SIPRI: Trends in international arms transfers, 2009). Herausragend hierbei sind Milliardengeschäfte mit Leopard-2-Panzern und modernsten U-Booten. Besonders das U-Boot-Geschäft geriet in die Schlagzeilen, nachdem sich Griechenland weigerte eines der U-Boote abzunehmen und zudem in Zahlungsverzug geriet. Die Bundesregierung hat die Rüstungsexporte an Griechenland vorbehaltlos genehmigt.

Auch nach Bekanntwerden der desolaten Haushaltslage Griechenlands wurden die genehmigten Rüstungsgeschäfte fortgesetzt. Mit der Gewährung von Finanzhilfen sicherten Geberländer wie Frankreich und Deutschland die Verträge ihrer Rüstungsunternehmen ab. Das U-Boot-Geschäft mit Griechenland wurde nicht nur weitergeführt, sondern nachverhandelt und im Ergebnis sogar aufgestockt (vgl. SPIEGEL ONLINE vom 20. Mai 2010). Für die Zukunft hoffen deutsche Unternehmen weiterhin auf lukrative Aufträge, wie beispielsweise den Verkauf von Eurofighter-Kampfflugzeugen. Inzwischen hat der griechische Staat die Erkenntnis gewonnen, dass er seine Rüstungsausgaben drastisch reduzieren muss. Entscheidungen über weitere Rüstungsaufträge wurden immerhin aufgeschoben.

Der Gemeinsame Standpunkt des Rates (2008/944/GASP) nennt als Kriterium 8 die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Kapazität des Empfängerlandes. Die

Berücksichtigung der wirtschaftlichen Kapazität muss auch für Ausfuhren in NATO- und EU-Staaten Anwendung finden. Der Fall Griechenland zeigt, wie wichtig es ist, dies gerade auch bei den Staaten zu prüfen, die mit der Bundesrepublik Deutschland wirtschaftlich und institutionell eng verbundenen sind, da die Folgen einer verfehlten Entwicklung für die Bundesrepublik Deutschland immens sein können.

Als einer der größten (Rüstungs-)Exporteure der Welt muss es im besonderen Interesse Deutschlands liegen, Haushaltskrisen in EU-, NATO- und NATO-gleichgestellten Ländern vorzubeugen. Eine teilweise irrationale Wahrnehmung von Bedrohungen kann zu unverhältnismäßig hohen Rüstungsimporten führen, bestehende finanzielle Schieflagen verschärfen oder sogar neue hervorrufen. Das schwedische Forschungsinstitut SIPRI bestätigte zudem jüngst, dass die weltweiten Rüstungsausgaben trotz Wirtschaftskrise steigen. Eine zwingende Nachhaltigkeitsprüfung muss daher gerade auch bei unseren engsten Verbündeten erfolgen.

